

Bevölkerung an Staat und Wirtschaftssystem positiv binden konnte und weil sich mit der Behebung der Massennotstände die früher noch sichtbaren 'Verwahrlosungs'-Erscheinungen von der Straße auf die Privatheit der Familien verlagerten, gab es keinerlei Forderungen nach Reformen.

(2) Das ökonomische Interesse an den Heimzöglingen sank auf einen Nullpunkt. Denn einerseits ließ sich der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften noch durch den Zuzug von Facharbeitern aus der DDR abdecken, andererseits wurden vermehrt ausländische Arbeitskräfte für unqualifizierte Tätigkeiten angeworben, deren Arbeitskraft ohne besondere Aufbereitung einsetzbar war. Die Arbeitstätigkeit in den vielen Fürsorgeerziehungs-Heimen blieb an Beschäftigung und traditionelle Handwerksberufe bzw. die Hauswirtschaft gebunden.

Konsequenz dieses doppelten Desinteresses war, daß es kaum Impulse für Innovationen gab. Zwar meldeten besonders die Freien Träger bei den staatlichen Behörden einen riesigen Nachholbedarf für Neubauten an, mußten sich aber mit geringfügigen Zuwendungen begnügen. Das einzige Zugeständnis, zu dem sich die Behörden durchrangen, waren geringfügige Verbesserungen für das Heimpersonal im Hinblick auf Bezahlung und Arbeitszeitschlüssel. Die Menge viel attraktiver besoldeter Arbeiten hatte zu einem chronischen Mangel an Heimerziehern geführt.

Auch die Heime selbst fanden sich unter keinen besonderen Druck gestellt. Ihr Aufgabenverständnis blieb so vom jeweiligen good-will des Trägers und der Heimleitung abhängig, es kam kaum zu grundlegenden Strukturveränderungen; man ruhte sich aus. Dies auch, weil es kaum Belegungsschwierigkeiten gab: Mütter-Berufstätigkeit (die sich jetzt lohnte), Wohnungsknappheit und eine Unmenge von Räumungsklagen auf einem nicht mehr staatlich bewirtschafteten Wohnungsmarkt und die ersten Jugendunruhen der Nachkriegszeit (die sog. 'Halbstarken') sorgten für ausreichende Nachfrage.